

Sessionsvorschau

Herbstsession 13. September - 1. Oktober 2021

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz
Reitergasse 9
Postfach
CH-8021 Zürich

info@die-plattform.ch

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

Vor jeder parlamentarischen Session geben die unabhängigen und lösungsorientierten Angestellten- und Berufsverbände der plattform Empfehlungen zu ausgewählten Geschäften ab. Denn nur mit innovativen Lösungen in bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Dossiers können Erwerbstätige befähigt werden, ein erfülltes Berufsleben zu gestalten und ihr Potenzial über den gesamten beruflichen Werdegang hinweg zu entfalten. Starke und selbstbewusste Berufsleute sind der Grundstein für eine moderne und offene Gesellschaft.

Überblick

NATIONALRAT

Nr.	Geschäft	Beratungen	Empfehlung
21.3961	Volkswirtschaftliches Gesamtmodell von Elternzeitmodellen	16.09.2021	Zustimmung
20.472	Elternzeit von 14/14 Wochen	Pa.Iv. erste Phase	Zustimmung

STÄNDERAT

Nr.	Geschäft	Beratungen	Empfehlung
19.050	Stabilisierung der AHV (AHV 21)	14.09.2021	Zustimmung
21.3462	Auftrag für nächste AHV-Reform		Zustimmung
20.455	Steuerliche Entlastung familienexterne Kinderbetreuung	16.09.2021	Zustimmung
20.320	Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer	20.09.2021	Zustimmung
21.3807	Erwerb ersatzordnungen an die veränderte Arbeitswelt anpassen	27.09.2021	Umwandlung Postulat
21.3613	Ausgewogene Vertretung Arbeitnehmende in ausserparlamentarischen Kommissionen	29.09.2021	Zustimmung
21.032	Entsendegesetz. Änderung	29.09.2021	Zustimmung
21.3686	Gesetzliche Grundlagen Homeoffice	30.09.2021	Zustimmung
21.050	Freigabe der Rahmenkredite Kohäsion und Migration	30.09.2021	Zustimmung

NATIONALRAT

16.09.2021



21.3961 Postulat Nationalrat (SGK)

Volkswirtschaftliches Gesamtmodell von Elternzeitmodellen

Diskussion um Elternzeit basiert auf korrekten Annahmen führen.

Die Erwerbstätigkeit in der Schweiz hat sich bei Personen sowohl mit als auch ohne Betreuungspflichten in den letzten zwanzig Jahren stark verändert. Jüngere Menschen arbeiten lieber etwas weniger, um mehr Raum für ihre privaten Interessen zu haben. Dasselbe gilt auch für ältere Menschen. Sobald Kinder ins Spiel kommen, ändert sich das Bild aber deutlich: Der kurze Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub in der Schweiz führt oft dazu, dass gerade in den ersten Jahren die Erwerbstätigkeit der Mütter zurückgeht (nicht aufhört), während die der Männer hochgeht. Die Erwerbstätigkeit in tiefen Pensen bleibt dann aber oft bestehen und dem Schweizer Arbeitsmarkt kommen wertvolle Arbeitskräfte abhanden: gerade hochqualifizierte Tätigkeiten werden kaum von tiefen Teilzeitpensen verrichtet. Internationale Studien haben gezeigt, dass eine richtig ausgestaltete Elternzeit diese Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt erhält und sich die damit verbundenen Ausgaben auch volkswirtschaftlich lohnen. In der Schweiz fehlen diese gesamtwirtschaftlichen Betrachtungen der einer Elternzeit und der Vergleich zum Status Quo. Deshalb begrüsst die Plattform die Ausarbeitung der notwendigen Grundlagen für eine vertiefte Diskussion um eine Elternzeit. Anders als die vorberatende Kommission, stimmt die Plattform hingegen der Pa.IV. Bertschy für eine egalitäre Elternzeit von 14/14 Wochen zu.

STÄNDERAT

14.09.2021



19.050 Geschäft Bundesrat

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Faire Kompensation aber keine falschen Anreize.



21.3462 Motion Nationalrat (SGK)

Auftrag für nächste AHV-Reform

Nächste Reform planen.

Nach der Reform ist vor der Reform. Das hat der Nationalrat erkannt und den Auftrag für den nächsten Reformvorschlag in der Sommersession angenommen (**21.3462**). Dies ist unter den aktuellen Umständen sinnvoll.

Auch wenn ein zentraler Punkt, die Angleichung des Referenzalters, schon verabschiedet werden konnte bestehen nach der Sommersession noch verschiedene Differenzen beim Reformprojekt: Bezüglich MWST-Erhöhung, Ausgleichsmassnahmen für die Übergangsjahrgänge der Frauen und dem Freibetrag bei Arbeit nach Pensionierung.

Der Vorschlag des Nationalrats bessert nach bei den Übergangsjahrgängen und legt besonderen Fokus auf tiefere Einkommen und Sparmöglichkeiten (z.B. Freibetrag). Da gerade tiefere Einkommen stärker auf die AHV-Rente angewiesen sind, ist dieser Schritt nachvollziehbar. Jetzt hat die Kommission des Ständerats einen Vorschlag präsentiert, welcher sich stark demjenigen des Nationalrats annähert, aber auch die Anreize zur Frühpensionierung etwas reduziert, ohne die Übergangsjahrgänge zu benachteiligen. Auch die Finanzierung aus Nationalbankentnahmen ist bei diesem Vorschlag vom Tisch. **Die Plattform unterstützt deshalb den Vorschlag der Kommission.**

16.09.2021



20.455 Pa.Iv. Nationalrat (Markwalder)

Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung

Für Eltern sind bessere Erwerbsanreize zu setzen.

Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gerade für gut qualifizierte Eltern, lohnt es sich finanziell oft nicht, nach dem zweiten Kind weiterzuarbeiten, da die Fremdbetreuungsbeiträge schon ab einem Familieneinkommen von 90'000 Franken dem Volltarif entsprechen können. Gerade bei mehreren Kindern summiert sich das. **Arbeit soll sich immer lohnen und Erwerbsanreize wie diese steuerliche Entlastung tragen dazu bei, dass das so wird.**

20.09.2021



20.320 Standesinitiative (Jura)

Bestimmungen zum Recht auf Eltern- oder Vaterschaftsurlaub und zu dessen Dauer

Schrittweises Vorgehen Familienpolitik.

Für Familienpolitik kann die Schweiz aufgrund ihrer regionalen Besonderheiten ein hartes Pflaster sein. Oft bewährt es sich, wenn eine Modernisierung des geltenden Rechts schrittweise und regional abgestuft eingeführt wird. Die Plattform unterstützt deshalb das Ansinnen der Initiative: so erhalten Fast-Track-Kantone die Chance eine Familienpolitik nach ihrem Gutdünken zu erproben und möglicherweise den Weg für eine weitere Verbreitung zu ebnen.

21.09.2021



21.3807 Motion Ständerat (Carobbio)

Erwerbsersatzordnungen an die veränderte Arbeitswelt anpassen

Umwandlung Postulat.

Die Plattform stimmt mit der Motionärin überein, dass die Verbreitung neuer Arbeitsformen ein Überdenken der bisherigen Systeme der sozialen Absicherung bedingt. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Menschen die selbständigerwerbend, befristet angestellt, in Mehrfachbeschäftigungen oder über Plattformen beschäftigt sind, bei Erwerbsausfall oder im Alter unzureichend abgesichert sind. Das heisst, es muss eine Lösung nicht nur bei vorübergehendem Erwerbsausfall geben, sondern auch für die Zeit nach der aktiven Arbeitsphase. Die Plattform fordert deshalb vom Bundesrat eine Überprüfung aller genannten Aspekte und somit die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat.

29.09.2021



21.3613 Motion Ständerat (Jositsch)

Ausgewogene Vertretung Arbeitnehmende in ausserparlamentarischen Kommissionen

Gleicher Zugang zu Informationen und Möglichkeiten der Gestaltung für alle Gruppen von Erwerbstätigen.

Das Gesetz verlangt Ausgewogenheit bezüglich Interessensgruppen in den ausserparlamentarischen Kommissionen. Auf Arbeitgeberseite gehören fast 90% der Arbeitgeber einem Verband an, der über den Gewerbeverband oder den Arbeitgeberverband in den ausserparlamentarischen Kommissionen repräsentiert ist. Auf Arbeitnehmerseite ist dies im Moment aber klar nicht der Fall. In den ausserparlamentarischen Gremien in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziale Sicherheit stehen Arbeitnehmendenvertretungen insgesamt 55 Sitze zu. Die

Gewerkschaften beanspruchen zurzeit 53 davon. Dies obwohl die Gewerkschaften nur einen Teil der Arbeitnehmenden vertreten und genauso viele Erwerbstätige Mitglied bei einer Gewerkschaft sind, wie bei einem unabhängigen Angestelltenverband. Grosse Teile der Erwerbstätigen, namentlich die Angestellten in Wissensberufen und im Dienstleistungssektor (80% Erwerbstätige), die am stärksten wachsenden Berufsgruppen, sind also deutlich untervertreten in ausserparlamentarischen Kommissionen. Dafür geniessen Angestellte des sekundären Sektors und Angestellte in bundesnahen Betrieben – welche von Gewerkschaften repräsentiert werden – eine ungleich hohe Vertretung und somit Zugang zu Informationen und Möglichkeiten zur Gestaltung von politischen Geschäften. Dies muss soll durch eine **offene Ausschreibung der Kommissionsitze** erreicht werden. Das jetzige System funktioniert klar nicht.



21.032 Geschäft Bundesrat

Entsendegesetz. Änderung

Korrekte Umsetzung und willkommene Verbesserung Effizienz und Sanktionsmöglichkeit.

Die Revision des Entsendegesetzes wurde durch die Annahme der Motion Abate durch das Parlament notwendig. Der Vorschlag des Bundesrats setzt die Anliegen der Motion – die Einhaltung der kantonalen Mindestlöhne für Entsendebetriebe – darin um und verschärft die Sanktionen für Vollzugsorgan bei mangelhaftem Vollzug. Als weitere Neuerung soll eine elektronische Plattform für den Austausch von Informationen zwischen Behörden und Vollzugsorganen angeboten werden. Alle diese Änderungen sind zu begrüssen und dienen nicht nur dem Lohnschutz, sondern auch einer gesteigerten Effizienz des Prozesses.

30.09.2021



21.3686 Motion Ständerat (Jositsch)

Gesetzliche Grundlagen Homeoffice

Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an gelebte Arbeitsrealität ist längst fällig.

Arbeiten im Homeoffice ist momentan gesetzlich nicht geregelt. Unser Arbeitsgesetz, inklusive Gesundheitsschutz, ist ausschliesslich auf die Arbeit im Betrieb ausgerichtet. Die Verbreitung der Arbeitsform Homeoffice hat sich in den letzten Jahren etabliert – die Corona-Krise hat diesen Prozess beschleunigt und zudem die gesellschaftliche Akzeptanz erhöht. Für Arbeitnehmende bringt die Arbeitsform Homeoffice Flexibilität, da z.B. zeitaufwändige Pendelwege wegfallen und familiäre Verpflichtungen nahtlos wahrgenommen werden können. Für Unternehmen bietet Homeoffice die Möglichkeit u.a. der logistischen Optimierung. Die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen für die gelebte Realität 'Homeoffice' ist längst fällig – es ist zentral, dass jetzt Rechtssicherheit geschaffen wird für Arbeitgebende und Arbeitnehmende. Der **Vorschlag basiert auf ein Verständnis von Autonomie und gegenseitigem Vertrauen** zwischen Arbeitgebenden und ihren Mitarbeitenden. Er beinhaltet Eckpunkte einer Homeoffice-Vereinbarung, ohne deren Ausgestaltung final vorzuschreiben resp. zu definieren. Neben Zeit-Aspekten soll auch ein spezifisch auf das Homeoffice ausgerichteter Schutz der Arbeitnehmenden definiert werden.



21.050 Geschäft Bundesrat

Freigabe der Rahmenkredite Kohäsion und Migration

Bilateralen Weg fortführen.

Der zweite Schweizer Beitrag der Rahmenkredite Kohäsion und Migration wurde 2019 vom Parlament beschlossen. Mittlerweile hat der Bundesrat die Verhandlungen eines institutionellen Abkommens mit der EU beendet. Die Schweiz will aber den bilateralen Weg weiterführen. Die Freigabe der schon gesprochenen Rahmenkredite ist ein erster Schritt dazu und ermöglicht dringend notwendige Gespräche mit den Europäischen Partner, zum Beispiel für eine Fortführung der Forschungszusammenarbeit.

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

Die plattform ist die politische Allianz unabhängiger und lösungsorientierter Angestellten- und Berufsverbände. Mit über 88'000 Mitgliedern agiert sie im Interesse der Dienstleistungsberufe, in denen derzeit 80 Prozent der Erwerbstätigen tätig sind (Tendenz steigend) sowie der Wissensberufe, der am stärksten wachsenden Gruppe von Berufsleuten in der Schweiz. Sie arbeitet an innovativen Lösungen in bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Dossiers. Denn nur so können Erwerbstätige befähigt werden, ein erfülltes Berufsleben zu gestalten und ihr Potenzial über den gesamten beruflichen Werdegang hinweg zu entfalten. Starke und selbstbewusste Berufsleute sind der Grundstein für eine moderne und offene Gesellschaft.

